



Ortsverband
St. Wendel



Kolpingfamilie
St. Wendel

Achtung

Bundestags-Wahl
23. Februar 2025

Das Recht zu wählen, sollten wir wahrnehmen!

Die Bundestagswahl 2025 ist eine besondere Wahl. Denn durch das vorzeitige Ende der Ampel-Koalition findet die Bundestagswahl nicht nur mehr als ein halbes Jahr vor dem regulären Termin statt. Es herrschen auch gänzlich anderen Voraussetzungen als bei der vergangenen Wahl: Das internationale Umfeld hat sich verändert. Der gewaltsame Überfall Russlands auf die Ukraine hat gezeigt, wie zerbrechlich der Frieden in Europa ist. Zum anderen hat sich die politische Lage im Herzen Europas verändert. Rechtspopulistische Strömungen mit dezidiert europa- und fremdenfeindlichen Positionen und fragwürdigen Einstellungen zum Rechtsstaat haben an Zuspruch gewonnen. Auch das politische Umfeld in Deutschland hat sich gewandelt: Bis vor kurzem wurde die Bundesrepublik erstmals seit Jahrzehnten von einer Dreier-Koalition regiert. Wie sich gezeigt hat, sind Regierungsbildung und Regieren unter diesen Bedingungen komplexer und anspruchsvoller geworden. Gleichzeitig hat sich die Parteienlandschaft weiter ausdifferenziert, wobei

Strömungen an den extremen Rändern des politischen Spektrums immer mehr Zulauf erhalten. Entgegen vereinfachenden Interpretationen ist eine ausdifferenzierte Parteienlandschaft nicht nur Ausdruck von Frustration und Ablehnung der traditionellen Parteien. Sie ist auch Ausdruck einer komplexer und heterogener gewordenen Gesellschaft.

Nichtsdestotrotz haben viele Bürger*innen nach wie vor ein großes Bedürfnis nach Orientierung. Das war schon vor 175 bzw. 122 Jahren so, als sich Adolph Kolping und Helene Weber mit noch zwei Frauen auf den Weg machten, das Kolpingwerk und den Katholischen Deutschen Frauenbund in Köln zu gründen. Für sie stand der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt. Sie erkannten aber auch, dass das Individuum der Gemeinschaft bedarf. Aus dieser Erkenntnis leitet sich die katholische Soziallehre ab, die mit ihren drei Prinzipien – **Personalität, Solidarität und Subsidiarität** – bis heute nichts an Bedeutung eingebüßt hat.

Zusammen Demokratie stärken!
Ein Weg für mehr Demografie!

Demokratie liegt in der DNA Kolpings und des KDFB. Beide katholischen Sozialverbände treten ein für eine freiheitliche, demokratische, rechtsstaatliche und soziale Staatsordnung. Der Mensch muss im Mittelpunkt des politischen Geschehens stehen. Eine Politik, die den Menschen in seiner Freiheit, Selbstbestimmung und Würde ernst nimmt, kann nicht darauf verzichten, christliche Grundwerte zu bejahen und zu verwirklichen. Dieses zeigt sich besonders in einer zukunftsorientierten Gestaltung von Wirtschafts-, Familien-, Sozial- und Jugendpolitik. Wenn es Kirchen, Verbänden und Gemeinschaften gelingt, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, dann schaffen wir die Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie, in der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und die Gleichheit von Mann und Frau gedeihen können. Dafür stehen wir, wir verlangen und fordern das Mitwirken aller, die zum Wohl unseres Staates beitragen wollen.

NEUAUSRICHTUNG ODER WEITER SO?

+ *Wir und Europa - die Welt wird kleiner*

Dank seiner Lage mitten in der EU und als Exportnation profitiert Deutschland stark vom Binnenmarkt. Doch angesichts nationaler Egoismen und ungenügender sozialer Standards gibt es noch viel zu tun, um die Integration der 27 Mitgliedsstaaten zu vollenden. Wir müssen uns bekennen zu einem vereinten Europa. Umso mehr braucht es eine Bundesregierung, die in enger Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedsstaaten Impulse für eine Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses setzt. Von der Umsetzung einer gemeinsamen Migrationspolitik samt gerechter und menschenwürdiger Aufnahme von Geflüchteten in den Mitgliedsstaaten über die Erweiterung der EU in Richtung Westbalkan und Ukraine bis hin zum Aufbau einer EU mit gemeinsamen verbindlichen Standards im sozialen Bereich: Es gibt viele Herausforderungen, die gemeinsamer Lösungen bedürfen.

+ *Soziale Sicherheit mit Blick für alle Generationen*

Angesichts vieler Herausforderungen geraten die sozialen Sicherungssysteme zunehmend in Schieflage. Doch diese müssen verlässlich bleiben, um gesellschaftlichen Frieden und Demokratie zu bewahren. Ob Rente, Gesundheit oder Pflege: Die soziale Sicherung betrifft alle Einwohner*innen. Deutschland verfügt zwar über ein starkes soziales Netz. Doch die Auswirkungen des demografischen Wandels belasten die sozialen Sicherungssysteme – insbesondere die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zusehends. Die fortschreitende Alterung der Gesellschaft bedeutet nicht nur, dass immer mehr Rentempfänger*innen auf eine kaum noch wachsende Zahl von Arbeitnehmenden trifft. Auch im Gesundheitswesen und in der Altenpflege nimmt die Zahl der Leistungsbeziehenden drastisch zu. Allein die Zahl der Pflegebedürftigen steigt jedes Jahr um mehrere hunderttausend Menschen. Die nächste Bundesregierung muss wesentliche Weichenstellungen vornehmen, um das System der sozialen Sicherheit in Deutschland zu stabilisieren und auf eine langfristig solide Basis zu stellen.

+ *Zukunftsfähig Dank familiengerechter Politik*

Die Förderung von Familien ist kein Selbstzweck. Angesichts des demografischen Wandels und der ökologischen sowie wirtschaftlichen Transformation müssen nachwachsende Generationen gut ausgebildet, motiviert und engagiert sein. Um einen Anstieg von Familienarmut zu verhindern, müssen inflationsbedingte Kostensteigerungen ausgeglichen werden.

+ *Gleichberechtigte und demokratische Gesellschaft*

In einer Zeit politischer und gesellschaftlicher Unsicherheit, in der Polarisierung, Hass und Hetze zunehmen, ist es wichtig für eine gerechte Zukunft einzutreten. Frauen und Männer müssen in allen Bereichen der Gesellschaft die gleichen Chancen und Rechte haben. Gerade jetzt, da Frauenrechte verstärkt in Frage gestellt werden, müssen Diskriminierung abgebaut, das Potenzial von Frauen entfaltet und Gleichstellung erreicht werden. Es geht um mehr als Gerechtigkeit, es geht um eine stabile und demokratische Gesellschaft.

+ *Mehr Gehör für junge Menschen*

In einer alternden Gesellschaft drohen die Anliegen junger Menschen ins Abseits gedrängt zu werden – mit fatalen Folgen für die Lebensbedingungen der nachwachsenden Generationen. Die politische Mitwirkung der Jugend ist ein zentraler Baustein für eine gerechte, nachhaltige und demokratische Zukunft. Der demografische Wandel ist in Deutschland längst Realität. Dabei sind die Themen der Jugend gar nicht so fern von denen der älteren Generationen: Jungen Erwachsene wünschen sich eine Zukunft, in der echte soziale Gerechtigkeit und die Vielfalt der Lebensentwürfe respektiert und gefördert werden.

+ *Neuausrichtung oder weiter so?*

Deutschland erwärmt sich schneller als der globale Durchschnitt. Die Schäden steigen unaufhörlich. Trotz Klimakrise gibt es Entwicklungen, die Mut machen – auch wenn die bisherigen Erfolge bei weitem nicht ausreichen. Es braucht innovative Fördermaßnahmen, um die Menschen beim Klimaschutz mehr mitzunehmen. Die Kosten des Klimaschutzes müssen in Deutschland sozial gerecht verteilt werden.

Wir bitten Sie:

➤ *Gehen Sie zur Wahl – Haben Sie Mut !*

➤ *Behalten Sie die fünf Punkte im Auge !*

➤ *Gestalten Sie Demokratie für die Zukunft*

Für den Katholischen Deutschen
Frauenbund OV St. Wendel

Für die KOLPINGFAMILIE
St. Wendel

gez. *Ulrike Weber*

